

DIESE GRÜNEN!



Feinstaub-Grenzwerte überschritten

■ Schon 1996 hat die EU die Luftqualitätsrichtlinie erlassen

Das Thema ist zur Zeit in aller Munde und geht auch an Wuppertal nicht spurlos vorbei: Die Belastung durch Feinstaub ist nicht neu, denn schon 1996 hat die EU eine sogenannte „Luftqualitätsrahmenrichtlinie“ erlassen, die Regelungen zum Feinstaub beinhaltet und 2002 in nationales Recht umgesetzt worden ist.

Das bedeutet, dass seit Januar 2005 erstmals verbindliche Grenzwerte für Feinstaub gelten.

Das Landesumweltamt NRW misst seit dem Jahr 2000 landesweit den Feinstaub in verschiedenen Städten in NRW, unter anderem mit einer Verkehrsmessstation an der Friedrich-Engels-Allee und seit 2003 an einer Hintergrundmessstation Am Buchenloh. Die Stadt Wuppertal führte seit 2003 orientierende Messungen an zwei Belastungsschwerpunkten (Morianstr. und Steinweg) durch.

Da sich für den Steinweg der Verdacht möglicher Grenzwertüberschreitungen ergab, wurden dort für 2005 umfassende Messungen vorgesehen. Jetzt liegen die ersten Ergebnisse vor: Im ersten Quartal 2005 wurden die Messwerte am Steinweg bereits 32 Mal überschritten. Daher ist damit zu rechnen, dass kurzfristig an insgesamt 35 Tagen der Grenzwert überschritten wird und somit die Bezirksregierung in Zusammenarbeit mit der Stadt einen Luftreinhalteplan erstellen muss.

Vor allem Dieselfahrzeuge ohne Rußpartikelfilter sind die Verursacher der gefährlichen Feinstaubbelastung, die zu gesundheitlichen Beeinträchtigungen führen können.

Schnelle Maßnahmen wie z.B. Fahrverbote oder Umleitungen an besonders stark belasteten Stellen können daher nur kurzfristig Abhilfe verschaffen, um die Grenzwerte einzuhalten. Der Feinstaub wird so natürlich nicht verhindert, sondern nur anders verteilt. Grundsätzliche Maßnahmen wie der verpflichtende Einbau von Rußpartikelfiltern für alle Dieselfahrzeuge sind die bessere Lösung. Hier ist aber nicht die lokale Politik gefragt.

Zum einen entscheiden die VerbraucherInnen selbst, welches Fahrzeug sie anschaffen und Autohersteller, die sich dieser Technik verschließen bzw. keine Nachrüstangebote machen, fahren sich (mittelfristig) selbst in die Sackgasse. Bis alle Fahrzeuge, dazu zählen auch LKW und Busse, mit Partikelfiltern ausgestattet sind, bedarf es weiterer Maßnahmen.

Wichtigste und wirksamste Maßnahme ist die Vermeidung unnötiger Fahrten mit dem PKW.

Wer öfters Bus, Bahn oder Schwebelbahn nutzt, trägt entscheidend dazu bei, dass Dieselruß gar nicht erst entsteht. Auch die Nutzung des Fahrrads und kürzere Wege zu Fuß gehen vermeiden Schadstoffe. Mit den Tickets im Abo z.B. für Fahrten zur Schule, zur Arbeit und in der Freizeit sind diese Angebote auch finanziell attraktiv bei den heutigen Preisen für Benzin und Diesel.

Auch bei Lastkraftwagen gibt es viele Möglichkeiten, weite Wege einzusparen.

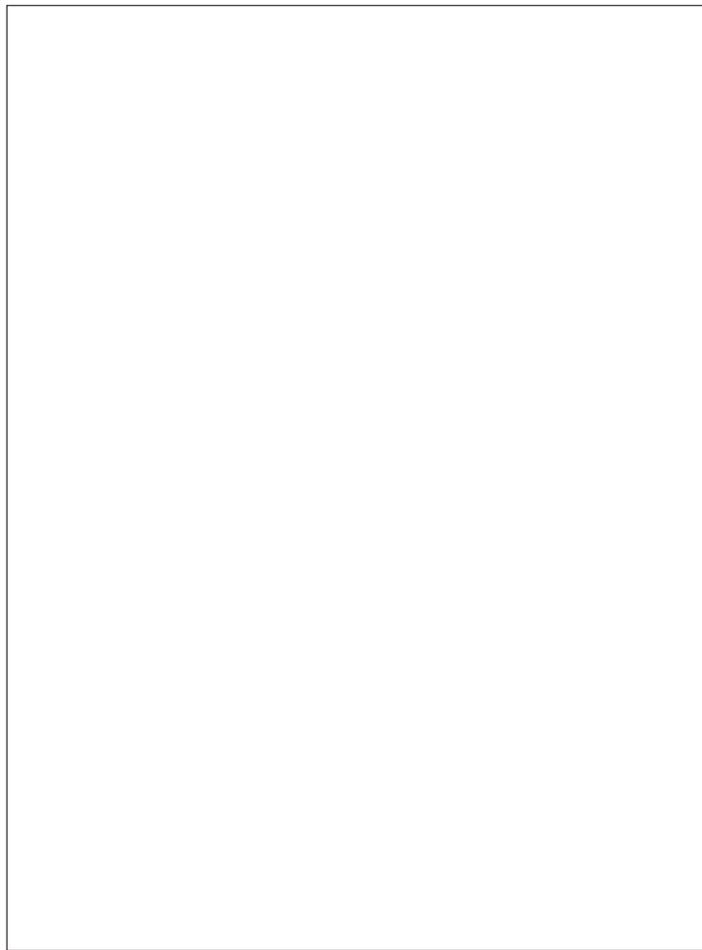
Zurück auf die Schiene als Alternative für LKW-Staus, dafür setzen sich GRÜNE schon seit vielen Jahren ein. Bisher ist der Weg des Güterverkehrs allerdings immer stärker auf die Straße verlagert worden.

Mit Autobahn-Maut und den mittlerweile hohen Spritpreisen ist die Schiene als Verkehrsweg aber wieder attraktiver geworden. Dazu muss sich auch die Deutsche Bahn wieder flexibler zeigen. Passende City-Logistik, um viele Fahrten bei der Anlieferung zu sparen, ergänzen eine schadstoffsparende Verkehrspolitik.

Zusätzlich können Geschwindigkeitsbeschränkungen und z.B. mehr Tempo-30-Zonen nachweislich den Schadstoffausstoß senken.

Diese einfachen Schritte können bereits dazu führen, dass die gefährlichen Feinstäube eingedämmt werden. Vieles davon geht nicht mit Verboten oder Richtlinien, sondern liegt auch in der Bereitschaft der Bürgerinnen und Bürger, vor Ort mitzumachen.

Lassen Sie es uns gemeinsam angehen!



Die Mess-Station am Steinweg misst eine zu hohe Staubbelastung

Kooperation statt Fusion

■ Bergische GRÜNE einig: Hände weg vom VHS-Angebot!

Das feudale Ambiente des Rittersaals auf Schloss Burg passte gut zu einer Art Gutsherrenentscheidung des Wuppertaler Oberbürgermeisters Peter Jung, der bei einem Treffen mit seinen Bergischen Kolleginnen die Wuppertaler Volkshochschule an Solingen verschachern wollte.

Eine Beratung in den politischen Gremien hatte bis dahin zu diesem wichtigen Thema nicht stattgefunden. Doch hinter verschlossenen Türen gab es offenbar schon weitreichende Gespräche zur Fusion der Volkshochschulen Wuppertal, Solingen und Remscheid. Von einem Zweckverband war gar die Rede. Und das, obwohl das Weiterbil-

dungsgesetz ausdrücklich in den §§ 4 und 10 kreisfreie Städte auffordert, eigene Einrichtungen der Weiterbildung vorzuhalten.

Eine vernünftige Regelung, denn in Zeiten nach PISA dürfte es unstrittig sein, die Einrichtungen der Fort- und Weiterbildung vor Ort zu stärken. Nur sie sind in der Lage, zeitnah auf die besonderen Anforderungen der einzelnen Kommune zu reagieren.

Eine Fusionierung würde eher kontraproduktiv wirken, da aus unserer Sicht nur eine eigenständige VHS auf die Interessenslage unserer BürgerInnen eingehen kann. Darüber hinaus ist zu befürchten, dass weitere Folgen die Streichung erheblicher Landesmittel wären sowie hohe Investitionen mit entsprechenden Kosten durch eine Vereinheitlichung der Verwaltung der drei Städte. Die größte Sorge betrifft die befürchtete

Einschränkung des ortsnahen Programmangebotes für die BürgerInnen. Dieses darf aus grüner Sicht nicht eingeschränkt werden, sondern ist bedarfsgerecht auszuweiten. Die Argumentation muss qualitativ sein. „Hände weg vom Kursangebot“ ist die notwendige Devise. Aus unserer Sicht spricht allerdings nichts dagegen, die bereits bestehenden Kooperationen im Verwaltungs- und Weiterbildungsbereich auszubauen, um Synergieeffekte auszunutzen. Dies sehen auch die GRÜNEN Fraktionen der anderen bergischen Städte so. Damit ist das bündnisgrüne Fazit eindeutig: Keine Fusion! Stattdessen unter Beteiligung der Fachverantwortlichen in der Verwaltung vermehrt in Richtung Kooperation, Stärkung und Ausweitung des Weiterbildungsangebotes arbeiten, um einen zentralen „weichen“ Standortfaktor für Wuppertal zu erhalten.

AUS DEM INHALT

GRÜNES Erfolgsmodell OGGS S. 2

Sprechstunde des GRÜNEN BM S. 2

Sperrmüll nutzen: Verkaufen statt verbrennen S. 5

Vorrang für VohRang: Gewerbegebiete sind gezielt zu entwickeln S. 6

Guten Tag!

Liebe Leserinnen und Leser, der Frühling zeigt sich von seiner schönsten Seite: alles wird grüner im Tal! Und es wird noch GRÜNER, wenn Sie uns bei der NRW-Landtagswahl am 22. Mai Ihre Stimme geben.

Auch in dieser Ausgabe informieren wir Sie wieder über die wichtigsten Themen in unserer Stadt und die Aktivitäten der GRÜNEN Fraktion. Da ist zum Beispiel die „plötzliche“ hohe Feinstaubbelastung und der angekündigte Aktionsplan der Bezirksregierung. Aber auch Sie können aktiv werden, lassen Sie doch einfach ab und zu das Auto stehen, nutzen Sie verstärkt Bus und Bahn oder gehen mehr zu Fuß, in dieser Jahreszeit sowieso ein Genuss.

Bleiben Sie uns gewogen, Ihr Redaktionsteam

KURZ & klein

GRÜNE erfolgreich: Holzheizschnitzelheizung kommt!

Ende April war es endlich soweit: Der Startschuss zur Errichtung der ersten städtischen Holzheizschnitzelheizung fiel in der Erich-Fried-Gesamtschule in Ronsdorf. Auf Initiative der GRÜNEN Fraktion hatte die Stadt ein geeignetes Gebäude für diese Art der umweltfreundlichen und zukunftsgerechte Energieversorgung gesucht. Der Staatssekretär im Umweltministerium, Dr. Thomas Griese, übergab den Förderbescheid über Zuschüsse für eine moderne Holzheizschnitzelanlage an den Umweltdezernenten der Stadt Wuppertal, Harald Bayer. Eine vollautomatisierte Holzheizschnitzelheizung wird voraussichtlich ab Sommer 2006 ca. 85% des Wärmebedarfes der Schule abdecken. Nur an besonders kalten Tagen und im Sommer wird für den Warmwasserbedarf ein ergänzender Ölkessel die restlichen 15% sicherstellen. Diese Kombination erlaubt es, jährlich ca. 216.000 l Heizöl durch 760 t Holz zu ersetzen und dadurch 572 t Kohlendioxid einzusparen. Gleichzeitig werden die hier in der Region reichlich vorhandenen Restholzmengen aus den Wäldern genutzt und damit die örtliche Forstwirtschaft gestärkt. Die Gesamtkosten von voraussichtlich 727.000 Euro für die komplette Anlagenerneuerung werden vom Land, der EU und dem Bund mit insgesamt 40% bezuschusst.

Kohlfurther ohne Brücke

Es scheint fast so, wenn man sich die Auswirkungen der Brückensperrung vor Augen führt.

Zur Geschichte: Seit dem Jahr 1363 gibt es in der Kohlfurth eine Brücke über die Wupper. Zuerst aus Holz, dann aus Stein und seit dem Jahr 1894 die uns allen bekannte Eisengitterbrücke, die im Jahr 1974 für den Autoverkehr gesperrt wurde und seitdem von Kohlfurther BürgerInnen, FußgängerInnen, RadfahrerInnen, Wanderer/Wanderinnen und Schulkindern genutzt wird. Jetzt ist ein Stadtteil durch die Sperrung der Brücke in zwei Hälften getrennt, die Bürgerinnen und Bürger auf der jeweils anderen Wupperseite können sich nicht mehr ohne Weiteres gegenseitig besuchen. Auch die Museumsbahn wurde von der Schließung hart getroffen. Noch gravierender ist es für die Schulkinder der Solinger Grundschule Am Stöcken, sie müssen jetzt fast zwei Kilometer weiter gehen, um zu ihrer Schule zu gelangen; nach GRÜNER Meinung für die Kinder nicht zumutbar. Für die GRÜNE Ratsfraktion ist klar, dass es nur eine Lösung gibt: Die Brücke muss so schnell wie möglich wieder geöffnet werden. Bis dahin soll eine Behelfsbrücke des THW den Übergang gewährleisten.

Impressum

Herausgeberin:
Ratsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
Rathaus Barmen, 42269 Wuppertal
Tel. 563-6204, Fax: 59 64 88
E-mail: fraktion@gruene-wuppertal.de
www.gruene-wuppertal.de

MitarbeiterInnen dieser Ausgabe:
Gerta Siller, Peter Vorsteher (V.i.S.d.P.)
Sylvia Meyer (Redaktion), Lorenz Bahr, Christiane Bainski, Bettina Brucher, Anja Liebert, Klaus Lüdemann, Regina Orth, Paul Yves Ramette, Ilona Schäfer, Marc Schulz

Alle Fotos (bis auf die Seiten 3 und 4):
Jörg Lange

Gesamtherstellung:
HEINZ-Magazin Verlags GmbH, Tannenbergstr. 35,
42103 Wuppertal

Auflage: 55.520

Diese Ausgabe liegt u.a. aus im ADA und Hasret, Wiesenstraße; ASTA, Berg, Universität; BUND, Luisenstraße 108; Cinetal, Berliner Straße; Forum Maximum im Rex, Kipdorf 29; Haus der Jugend, Geschwister-Scholl-Platz; Nachbarschaftsheim, Platz der Republik; Lebensbaum, Sophienstraße; Paff, Steinweg 55

Die Abgabe ist kostenlos!

1650 Plätze in Ganztagsgrundschulen

■ GRÜNES Erfolgsmodell im kommenden Schuljahr ausgeweitet

Nun ist es endlich soweit: Auch in Wuppertal geht es mit der Offenen Ganztagsgrundschule (OGGS) richtig los! Der Rat der Stadt Wuppertal beschloss die Einrichtung von 43 zusätzlichen Gruppen der OGGS.

Hierbei konnten für das Schuljahr 2005/06 alle Grundschulen, die sich für die Einrichtung der offenen Ganztagsgrundschule beworben hatten, berücksichtigt werden. Zum Beginn des

kommenden Schuljahres kann somit 1.650 Kindern ein Platz in der OGGS angeboten werden. Das NRW-Erfolgsmodell läuft somit auch in Wuppertal so richtig an.

Die Zusammenarbeit von Jugendhilfe und Schule in der OGGS muss sich bald auch im Aufbau der Stadtverwaltung wiederfinden. Mittelfristig müssen Schule und Jugendhilfe in einem Dezentrat betreut werden. Nur so lassen sich größere Reibungsverluste verhindern. Aktuell musste in zwei Fällen für die Einrichtung der OGGS ein Hort geschlossen werden. Festzuhalten ist je-

doch, dass Wuppertal mit den frei gewordenen Geldern aus der Hortbetreuung im Rahmen der OGGS eine weitaus größere Zahl von Kindern einen qualifizierten Betreuungsplatz anbieten kann. Wobei OGGS weit über eine reine Betreuung der Kinder hinaus geht. Mit der Öffnung der Schulen für Sportvereine, Musikschulen etc. wird sich auch das Wesen der Schule verändern. Unsere Schulen werden mehr und mehr zu Orten des ganzheitlichen Lernens werden. Das – vielleicht manchmal bestehende – Bild von der verkopften Lernfabrik wird sich wandeln und so auch zu positiver

besetzten Begriffen des „Lernens“ und der „Schule“ bei Kindern und Erwachsenen führen. Im internationalen Vergleich steht es um unser Bildungssystem bekanntermaßen nicht gut. Insbesondere leistungsschwächere Schülerinnen und Schüler werden im deutschen Schulsystem unterdurchschnittlich gefördert und gefordert. Auf Antrag der GRÜNEN Ratsfraktion werden in Wuppertal nun die Kinder einkommensschwacher Eltern vom Beitrag für die OGGS befreit. Wir hoffen damit als GRÜNE Ratsfraktion einer besseren Schule in Wuppertal ein Stück näher gekommen zu sein.

100 Tage Hartz IV

■ Frauen besonders betroffen

Vor über 100 Tagen ist „Hartz IV“ in Kraft getreten, das war Anlass genug für die Landtagsfraktion der GRÜNEN NRW, eine erste Bilanz zu ziehen. Auf einer Veranstaltung Mitte April diskutierten 300 Frauen und einige Männer über die Probleme, die mit Inkrafttreten von Hartz IV in vielen Städten auftreten und oftmals ungelöst bleiben.

Bereits seit Jahren legen die GRÜNEN im Landtag Wert darauf, dass insbesondere Schwangere, Migrantinnen, von Gewalt betroffene Frauen und Alleinerziehende keinen unzumutbaren Einschränkungen unterworfen werden. Nicht nur auf Landesebene, auch kommunal wie in Wuppertal wurde über die Auswirkungen von Hartz IV auf Frauen diskutiert: auf einer Tagung am 21. April 2005, die von den Gleichstellungsstellen und Regionalstellen Frau und Beruf aus Wuppertal, Solingen, Remscheid und dem Kreis Mettmann durchgeführt wurde, trafen sich in Wuppertal 120 Interessierte zu den Auswirkungen auf Frauen.

Die beste Nachricht war, dass die Kooperation zwischen der Arbeitsgemeinschaft (ARGE) und Frauen helfen Frau-

en e.V. in Wuppertal gut funktioniert. Damit ist eines der größten Probleme zumindest in unserer Stadt ausgeräumt. Das bedeutet zum Beispiel, dass von Gewalt betroffene Frauen bei der Flucht ins Frauenhaus unterstützt werden, indem ihnen direkt „Hilfe zum Lebensunterhalt“ gewährt und die Kosten für die Unterkunft übernommen werden; in diesen existenzbedrohenden Notsituationen eine dringend erforderliche Unterstützung.

Dass das so ist, kann nicht zuletzt auf eine Initiative der GRÜNEN Ratsfraktion zurückgeführt werden: Im Juli 2004 wurde ein Antrag im Ausschuss Frauenförderung eingereicht.

In diesem Antrag forderten die GRÜNEN u.a., dass die Probleme von Frauen in Krisensituationen berücksichtigt werden müssen.

Denn keiner Frau, die von ihrem Mann geschlagen wird und ins Frauenhaus flüchtet ist es zuzumuten, anschließend zu ihrem Peiniger zurückzukehren, um eine Verdienstbescheinigung ihres Mannes für die Gewährung von Hilfe zum Lebensunterhalt beizubringen. Dieser Antrag wurde nicht nur im Ausschuss, sondern auch im Rat einstimmig beschlossen.

Damit ist Wuppertal besser gestellt als viele andere Kommunen: Wir lassen Frauen in Not nicht im Regen stehen. Und wir bleiben weiter am Thema, versprochen!

Der GRÜNE Bürgermeister Lorenz Bahr: ein Ohr für Kinder und Jugendliche

Sprechstunde des GRÜNEN BM

■ Kinderwünsche und Jugendträume

„Kinder haben ganz konkrete Wünsche und Jugendliche wissen, was sie wollen,“ diese Überzeugung bestätigte sich dem GRÜNEN Bürgermeister Lorenz Bahr im Rahmen seiner Bürgersprechstunden.

Nicht in das Rathaus lädt der GRÜNE ein, sondern er sucht ganz gezielt die Kinder und Jugendlichen in ihren Einrichtungen auf. Einmal monatlich besucht er sie. Bisher in den Offenen Türen des CVJM in Wichlinghausen, auf dem Ostersbaum im Nachbarschaftsheim und im städtischen Haus der Jugend in Elberfeld. Dabei werden ganz unterschiedliche Wünsche vorgetragen, die teilweise schon weiter bewegt werden konnten, teilweise aber auch noch stocken.

Insbesondere den Jüngeren unter den Kindern sind die Spielflächen im Stadtteil ein besonderes Anliegen, dabei kommt den immer noch am Nachmittag verschlossenen Schulhöfen eine herausragende Rolle zu. Aber auch die Nachfrage des Bürgermeisters hat bisher zu keinerlei Reaktion der Verantwortlichen geführt.

Anders das Anliegen der Jugendlichen im Patenprojekt beim Nachbarschaftsheim. Ihnen ist daran gelegen, das Projekt fortzusetzen und nachfolgenden

Generationen ebenfalls zu ermöglichen, von fremden erwachsenen Paten im Übergang von der Schule zum Beruf ‚gecoacht‘ zu werden. Zusätzliche städtische Projektmittel stellte der Sozialdezernent der Stadt auf Nachfrage in Aussicht und ein erster Kontakt zwischen den Jugendlichen vom Ostersbaum und den Wirtschaftsjunioren als mögliche ‚Paten des Patenprojektes‘ ist hergestellt.

Ähnlich erfolgreich gestaltete sich die Sprechstunde im Haus der Jugend. Für das Boxtraining einer Jungengruppe fehlte das Equipment, der ehrenamtliche Trainer war schon da. Der während der Sprechstunde ebenfalls anwesende Leiter des zuständigen Bezirkssozialdienstes sagte spontan Hilfe zu und besorgte im Nachgang entsprechende Projektmittel.

Allerdings hatten die Jugendlichen im Haus der Jugend ein noch schwerwiegenderes Thema, das einer viel breiteren Debatte bedürfte: Abschiebung von vorübergehend geduldeten MigrantInnenfamilien.

Ihr Alltag, der Alltag von Jugendlichen u.a. aus dem ehemaligen Jugoslawien, deren Eltern vor dem Krieg flüchteten und die selbst in Deutschland geboren und aufgewachsen sind.

Ihnen soll es in Zukunft verwehrt sein, wenigstens die Schule in Deutschland zu beenden.

Ausgezeichneter Stadtteil

■ Ostersbaum leuchtet hell

Anders als am Döppersberg läuft's im Ostersbaum richtig gut. Denn hier können wir – zum Glück – auf einen GRÜNEN Minister setzen.

Seit 1997 werden zahlreiche Projekte im Rahmen des Programms „Stadtteil mit besonderem Erneuerungsbedarf“ vom Land NRW gefördert. In Wuppertal ist das der Ostersbaum.

Wichtig war und ist die Beteiligung der Menschen an der Umgestaltung ihres Stadtteils. Dazu dienen die Stadtteilkonferenzen, die Stadtteilzeitung „Die Viertelstunde“ und natürlich die „Lichterwege“.

Letzteres ist ein Projekt, an dem sich alle OstersbaumerInnen und ganz besonders die Schulen beteiligen. Einmal im Jahr verwandelt sich der ganze Stadtteil in ein einziges Lichtermeer. Unzählige bemalte oder mit Transparentpapier beklebte Einmachgläser beleuchten alle Treppen des Viertels. Ein gutes Beispiel dafür, wie identitätsstiftend Mitmachprojekte sein können. Das finden nicht nur die Menschen im Stadtteil, sondern auch die vielen BesucherInnen, die inzwischen aus anderen Städten zu den Lichterwegen anreisen. Das fand auch die Jury, die sich im Rahmen eines Wettbewerbs unzählige Projekte in NRW angesehen hat, und verlieh dem Os-

tersbaum für das Projekt „Lichterwege“ und „Treppenlauf“ den 2. Preis (10.000 Euro). Der Preis wurde ausgelobt vom Ministerium für Städtebau NRW.

Aber nicht nur Ideenreichtum zeichnet den Stadtteil aus. Auch Mut haben die OstersbaumerInnen gezeigt. Da ist z.B. die ehemalige Fabrik Huppertsberg. Ein mutiger Versuch, andere Lösungsansätze für brachliegende denkmalgeschützte Gewerbebauten zu beschreiben. Neben einer ökonomischen Nutzung wurden auch Vereine eingebunden. Alle gemeinsam haben sich verpflichtet, ihre Arbeitskraft und ihr Kapital auch den Stadtteilprojekten zur Verfügung zu stellen.

Hier hat sich gezeigt, dass das Zusammenwirken privater Investoren und öffentlichen Gelder zum Vorteil eines ganzen Stadtteils gedeihen kann.

Stört nur noch der Bunker am Platz der Republik. Damit lässt sich leider kein Imagewettbewerb gewinnen. Alle Versuche, den Bunker umzunutzen, sind in der Vergangenheit gescheitert. Ein Investor konnte nicht gefunden werden. Daher meinen wir GRÜNE (wie die meisten OstersbaumerInnen auch), es wird Zeit für den Abriss. Dann hätte der Stadtteil nicht nur einen attraktiven Mittelpunkt, sondern, wie es vor dem Krieg einmal war, ein Sahnehäubchen im Herzen des Stadtteils Ostersbaum.

Warum am 22. Mai GRÜNE wählen?

■ Inhaltlich überzeugendes Programm / Glaubwürdige und kompetente KandidatInnen

Auf diese Frage gibt es zwei Antworten: Zum einen haben wir GRÜNEN in Nordrhein-Westfalen ein inhaltlich überzeugendes Programm, zum anderen haben wir mit Aline Wenderoth, Michael Hohagen und Klaus Lüdemann glaubwürdige und kompetente DirektkandidatInnen in den Wuppertaler Wahlkreisen. Auf diesen beiden Seiten wollen wir Ihnen beides vorstellen, unser Programm und unsere KandidatInnen.

Wir GRÜNEN blicken selbstbewusst auf zehn Jahre erfolgreicher Regierungspolitik zurück. In dieser Zeit konnten wir in der Landespolitik deutliche GRÜNE Akzente setzen. Die GRÜNEN wa-

ren die treibende Kraft, die der Modernisierung unseres Landes durch beharrliches Drängen eine ökologische, emanzipatorische und soziale Richtung gegeben hat.

Wir wollen den Wandel zur Wissensgesellschaft in Nordrhein-Westfalen fördern und gestalten. Wir wollen eine ökologische Innovationsoffensive zum Markenzeichen unseres Landes machen und so neue Arbeitsplätze schaffen. Dazu gehört auch eine Energiepolitik, die auf neue Technologien im Bereich der erneuerbaren Energien setzt und den Ausstieg aus der Atomenergie unumkehrbar macht. Wir wollen den

vorsorgenden Verbraucherschutz ausbauen. Wir wollen das Land mit unserer Stadtentwicklungs- und Integrationspolitik auf den demographischen Trend einstellen. Wir wollen die Bildung und Ausbildung von Kindern und Jugendlichen noch stärker in den Mittelpunkt der Politik rücken und diese stärker als bisher an politischen Entscheidungen beteiligen. Wir wollen Chancengerechtigkeit erreichen durch individuelle Unterstützung der Familien, durch Förderung und Betreuung der Kinder von Beginn an und durch integrative Bildungssysteme, in denen die Kinder mehr und länger zusammen in einer Schule lernen.

Wir wollen die Zusammenarbeit von Kindergarten und Schule stärken und mehr Leistung durch Fördern statt durch Ausortieren erreichen. Wir wollen, dass zukünftig noch mehr junge Frauen und Männer als heute ein Hochschulstudium aufnehmen. Wir wollen eine soziale und solidarische Gesellschaft, in der ein Miteinander der Generationen und gleichberechtigte Lebenschancen verwirklicht werden. Wir wollen die Durchsetzung einer starken Frauenpolitik, die zum einen die gezielte Benachteiligung von Frauen abbaut und zum anderen alle Entscheidungen staatlichen Handelns daran misst, ob sie zu mehr Ge-

schlechtergerechtigkeit führt. Wir wollen unsere Einwanderungsgesellschaft weltoffen, multikulturell, integrativ und tolerant gestalten.

Dafür kämpfen wir und dafür ist ein gutes GRÜNES Wahlergebnis wichtig. In Nordrhein-Westfalen gibt es bei der Landtagswahl nur eine Stimme. Jede und jeder muss sich entscheiden. Nur starke GRÜNE sind Garant und wirkungsvolle Kraft für eine konsequente ökologische, emanzipatorische und soziale Regierungspolitik. Deshalb: GRÜN wählen – alles andere ist 2. Wahl.

Sebastian Severin

Nachhaltige Wirtschaft

■ Umweltschutz schafft Arbeitsplätze

NRW ist ein Hightech-Land des Umweltschutzes. Im Umweltschutz und in der Umwelttechnik sind in NRW mehr als 3.000 Unternehmen mit 205.000 Beschäftigten aktiv. Der Bau moderner Gaskraftwerke und die Einführung der Dieselfilter wird weitere Arbeitsplätze schaffen und Investitionen der Wirtschaft nach sich ziehen.

DIE GRÜNEN haben die enormen Innovationspotenziale der Umwelttechnologien frühzeitig erkannt. Wir wollen die Öko- und Ressourceneffizienz zu einem Markenzeichen für Nordrhein-Westfalen weiterentwickeln und die führende Rolle NRWs bei der Entwicklung und Nutzung von Umwelttechnologien in den nächsten Jahren weiter ausbauen. Wir wollen aus Nordrhein-Westfalen ein Land der Erfindungen machen! Damit unterscheiden wir uns von anderen Parteien. Einige konservative Politiker und Wirtschaftslobbyisten forderten in den letzten Jahren ein Moratorium bei der Ökologisierung der Wirtschaft. Wir GRÜNE setzen dagegen eine weitere Entwicklung zu einer nachhaltigen Wirtschaft, die weniger Ressourcen verbraucht, die Umwelt weniger belastet und die Klimakatastrophe verhindert.

Das Leitbild der nachhaltigen Entwicklung zielt im gleichen Maße auf angemessenes Wirtschaftswachstum, soziale Sicherung und ökologisches Gleichgewicht.

Besonders wichtig: In den Bereichen der industriellen Kernkompetenz Nordrhein-Westfalens gilt es, modernste Technologien zu entwickeln und weltweit anzubieten. Widerstand gegen die Einführung der Dieselfiltertechnologie bei Kraftfahrzeugen oder gegen modernste Gaskraftwerkstechnik ist schädlich für die Arbeitsplätze und für den Industriestandort Nordrhein-Westfalen. Denn mit diesen Technologien können wir industrielle Kernkompetenz in NRW halten und zukunftsfähig machen. Wir setzen auf die breite Einführung effizienter Technologien und Ressourcen schonender Produktionen und Dienstleistungen.

Der Leitbegriff der „Nachhaltigkeit“ hat auch hier seine Gültigkeit: Nur eine Wirtschaftspolitik, welche die Interessen der kommenden Generationen, insbesondere die Sicherung der sozialen Grundrechte und den Zustand der Ökosysteme, beachtet, hat Zukunft.

Auch in Wuppertal diskutieren GRÜNE die Bedingungen für nachhaltiges Wirtschaften. Ansprechpartner sind Wissenschaftler und Unternehmen. Mit dem Wuppertal-Institut für Klima, Umwelt, Energie haben wir in Wupper-

tal ein bedeutendes Forschungsinstitut, das in NRW wie auch international wirkt. Bei einem Besuch informierten sich die GRÜNEN Landtagsabgeordneten Sylvia Löhrmann, Ruth Seidl und Johannes Remmel mit Landtagskandidat Klaus Lüdemann über die aktuellen Projekte des Instituts. Ein Schwerpunkt: rationelle Energieversorgung, in Zukunft viel mehr über Wasserstoff als Energieträger.

Für das Wuppertal-Institut ist Ressourceneffizienz der Schlüssel zur wirtschaftlichen Entwicklung. Die Zusammenarbeit mit Unternehmen wird intensiviert. Immer mehr kommt es darauf an, die guten Konzepte in der Praxis umzusetzen und eine Brücke zwischen Ökologie und Ökonomie zu bauen.

Auch Unternehmer verbinden Ökologie und Ökonomie – und geben ihre Erkenntnisse an die nachfolgende Generation weiter. Nachhaltiges Verhalten will früh geübt werden. Im Projekt Kurs 21 arbeiten bereits 12 Wuppertaler Unternehmen mit jeweils einer Schule in einer Lernpartnerschaft zusammen. Und dies mit beachtlichem Erfolg: Die beteiligten Unternehmen durchbrechen gemeinsam mit ihrer Partner-Schule die klassische Aneinanderreihung von Schule und Beruf und bereichern durch die praktische Arbeit und den Realitätsbezug den Schulunterricht.

Klaus Lüdemann

Schule der Vielfalt gestalten

■ Vier Schritte für eine Reform der Bildungspolitik

Nirgends ist die erworbene Kompetenz so eng mit der sozialen Herkunft verknüpft wie in unserem Land. Kindern aus bildungsfernen Haushalten bleiben viele Chancen verwehrt, wenn sie zu früh „aus-sortiert“ werden. Damit sich das ändert, plädieren GRÜNE für Schritte in der Bildungspolitik.

Internationale Studien haben gezeigt, dass die Schulen in Deutschland nicht dem Anspruch einer modernen Wissensgesellschaft genügen. Die PISA-Studie untersuchte zum Beispiel nicht ausschließlich Faktenwissen, sondern Basiskompetenzen, die für die Teilhabe am gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Leben notwendig sind. Desweiteren wurde untersucht, in wie weit die soziale Herkunft Einfluss auf die Bildungschancen und -erfolge hat. In beiden Bereichen schnitt Deutschland unterdurchschnittlich ab. So ist unser Schulsystem nicht in der Lage, Basiskompetenzen ausreichend unseren SchülerInnen zu vermitteln und nirgends ist die erworbene Kompetenz so eng mit der sozialen Herkunft verknüpft wie in unserem Land. Die GRÜNEN haben diesem Ergebnis Rechnung getragen und konkrete Schritte formuliert.

Diese Veränderungen orientieren sich an Ländern wie Finnland, die bei internationalen Studien wie Pisa erfolgreich abgeschnitten haben.

DIE GRÜNEN setzen sich ein für

- **die flexible Schuleingangsphase:** Sie soll die Klassen 1 und 2 zusammenfassen. Sie kann als Eingangsphase in unterschiedlichem Tempo von den SchülerInnen durchlaufen werden und nimmt Rücksicht auf das unterschiedliche Lernverhalten der Kinder. Der internationale Vergleich hat gezeigt, dass in heterogenen Gruppen besser gelernt wird.

In Deutschland versucht man dennoch durch Sortieren der Schülerschaft, Homogenität zu schaffen. Unser Bildungssystem nimmt die Individualität, die Unterschiedlichkeit im Lernverhalten unserer Kinder nicht zur Kenntnis. Wir versuchen immer noch, die Kinder in ein Schulsystem zu pressen, anstatt Schule den Kindern anzupassen. Durch die flexible Schuleingangsphase versucht die Landesregierung eine solche Heterogenität der SchülerInnenenschaft zu verwirklichen.

- **die Offene Ganztagsgrundschule:** Wir setzen nicht nur auf die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, sondern werden auch mehr Zeit für Bildung, Erziehung und Betreuung schaffen. In den letzten 2 Jahren sind in NRW über 700 Grundschulen mit einem Ganztagsangebot entstanden. Sowohl schwächere SchülerInnen und Schüler, als auch solche mit besonderen Be-

gabungen werden in außerunterrichtlichen Bildungsangeboten zusätzlich gefördert. Wir wollen im Ganztagsbetrieb die Schulen zu einem Ort des Lebens und Lernens entwickeln.

- **eine größere Selbständigkeit der Schulen:** Diese soll helfen, unser Bildungssystem zu reformieren. Darum hat die Landesregierung mit dem Modellvorhaben der „Selbständigen Schule“ Verantwortung nach unten abgegeben. Diese Vorhaben orientieren sich an der Erkenntnis, dass vor Ort viele Probleme besser erkannt und gelöst werden können. Auch kann hier ein Bedarf besser festgestellt und die Angebote auf diesen besser zugeschnitten werden. Mit einer neuen Struktur der Schulaufsicht sollen die administrativen Ebenen reduziert werden. Diese großen Reformen unseres Bildungssystems können nicht von oben verordnet werden. Sie müssen in enger Kooperation mit den Menschen umgesetzt werden, die vor Ort Schule gestalten.

- **das Abitur nach 12 Jahren:** Die Klasse 11 kann von leistungsstarken SchülerInnen übersprungen und von anderen als Möglichkeit der Wiederholung genutzt werden. Auch hier gilt der Grundsatz, dass kein Schüler/keine Schülerin zurückgelassen werden soll.

Die GRÜNE Landtagsfraktion wird sich verstärkt für eine Fortführung des Umbaus unseres Bildungssystems einsetzen. Klare Priorität gilt der Bildung unserer Kinder.

Aline Wenderoth

Die GRÜNEN DirektkandidatInnen in Wuppertal/Solingen

■ Drei Wahlkreise in der Region

„Die Bekämpfung von Armut, die Sicherstellung der Grundlagen für ein menschenwürdiges Leben und der Verzicht auf Ausgrenzung sind und bleiben unverzichtbarer Bestandteil GRÜNER Politik in NRW.“

Michael Hohagen
Wahlkreis 31, Wuppertal I
geb. 1.5.1954
Beruf: Sozialarbeiter/Heimleiter
E-Mail: Michael.Hohagen@gruene-wuppertal.de

„Wir haben in den vergangenen Jahren nicht genug für Bildung getan. Bildung muss oberste Priorität haben! Wir müssen zum einen die finanzielle Ausstattung verbessern, und zum anderen von unseren europäischen Nachbarn lernen, wie moderne Bildung organisiert werden kann.“

Aline Wenderoth
Wahlkreis 32, Wuppertal II
geb. 3.6.1974
Beruf: Studentin
E-Mail: info@aline-wenderoth.de

„Umweltschutz schafft zukunftsfähige Arbeitsplätze. NRW ist ein Hightech-Land des Umweltschutzes. Öko- und Ressourceneffizienz werden zu einem Markenzeichen“

Klaus Lüdemann
Wahlkreis 33, Wuppertal III/Solingen II
geb. 15.7.1958
Beruf: Entwicklungsingenieur/Dipl.-Ing. Elektrotechnik
E-Mail: klausluedemann@wtal.de

Veranstaltungen vor der Landtagswahl

Montag 9. Mai, 15 bis 17 Uhr

Das GRÜNE Energiemobil
Rathaus-Vorplatz, Barmen

Infos zu Solaranlagen, Holzpellets, Energiesparen, Bio-Treibstoffe, Nachwachsende Rohstoffe, Förderprogramme u.v.m. mit MdB Michaele Hustedt (Energiepolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion) und unseren LandtagskandidatInnen Aline Wenderoth und Michael Hohagen

Freitag 20. Mai, ab 12 Uhr

„Wir kochen – Sie essen“
Willy-Brandt-Platz, Elberfeld

Lecker essen und Infos über gesunde Ernährung mit dem Minister für Bauen und Wohnen, Sport und Kultur Dr. Michael Vesper, MdL Oliver Keymis und unseren LandtagskandidatInnen Aline Wenderoth und Klaus Lüdemann

JA, ich will mehr

Ich möchte Informationen über:

Ich möchte in den Verteiler aufgenommen werden

Ich mache Nägel mit Köpfen. Ich will Mitglied werden.

Für GRÜNE mein (Zweit-)Bestes. Ich spende _____ Euro auf das Konto mit der Nr. 357 618 436 bei der Postbank Essen (BLZ 360 100 43)

Name Telefon

Adresse E-Mail

Ausfüllen und ab die Post an:
Bündnis 90/DIE GRÜNEN, Oberbergische Str. 8, 42285 Wuppertal

Soziale Politik in schwierigen Zeiten

■ Prinzip Solidarität muss weiterhin gelten

Viele Menschen sind von Armut und Arbeitslosigkeit betroffen. Andere wiederum, denen es bislang noch besser geht, haben Angst, später selbst auf Hilfen der Sozialversicherung oder des Staates angewiesen zu sein. Politik in diesen Zeiten bedeutet auch, das Schicksal von Menschen, die sich nicht selbst aus Armut und Arbeitslosigkeit befreien können, nie aus dem Blickfeld zu verlieren.

GRÜNE engagieren sich auch für die Umverteilung der vorhandenen Erwerbsarbeit. Dies ist vor allem eine Aufgabe der Tarifpartner. Wir wollen jedoch, dass das Land mit einer Teilzeittoffensive vorangeht. Sie kann und soll dazu motivieren, Arbeitszeit zu Gunsten der Familie und anderer Beschäftigter zu reduzieren.

Was kann Politik tun? Sie kann jedenfalls nicht (oder kaum) selbst Arbeitsplätze schaffen. Gemeint sind hier Arbeitsplätze, mit denen ein Verdienst erzielt werden kann, der menschenwürdiges Leben ermöglicht. Sie kann letztlich auch nicht „die Wirtschaft“ zu Schaffung solcher Arbeitsplätze zwingen. Sie kann aber sehr wohl der Privatwirtschaft Rahmenbedingungen setzen und verändern, die hier positive Wirkungen entfalten könnten. Sie sollte auch gemeinsame Anstrengungen unterstützen, in unserer Gesellschaft zunehmend an den Rand gedrängten Begriffen wie Solidarität und Sozialverpflichtung des Eigentums zu neuer Blüte zu verhelfen. Sie sollte aber vor allem alles daran

setzen, den vielen Menschen, die auch durch Derartiges nicht in die Lage versetzt werden, ohne Hilfe ein menschenwürdiges Leben zu führen, dies auf andere Weise zu ermöglichen.

Die umfangreichen und gravierenden Änderungen in der Sozialgesetzgebung der vergangenen Jahre beinhalten leider neben vielen durchaus richtigen Weichenstellungen auch die Annahme, dass „Arbeit für Jeden“ machbar sei. Dieser Annahme liegt nach meiner Auffassung ein Irrtum zugrunde. Das Ausüben von Druck auf ohnehin benachteiligte Menschen wird dann zur Farce, wenn mit ihm nicht gleichzeitig Chancen auf Selbsthilfe verbunden sind.

Diese Chance kann Politik nicht für alle herbeizwingen. Auch DIE GRÜNEN in NRW können dies nicht. Wir können aber weiter daran mitwirken, dass menschenwürdiges Leben in NRW mit und ohne Arbeit möglich ist. Dies erfordert Änderungen in der derzeitigen Praxis der Bewilligung von Sozialleistungen, für die ich mich weiter einsetzen will. Dies erfordert aber auch ein langfristiges Umdenken in dieser Gesellschaft, die immer noch dazu neigt, Menschen ohne Arbeit als Menschen zweiter Klasse anzusehen.

Es ist nicht richtig, Menschen den Eindruck zu vermitteln, ihre Armut sei eine selbstverschuldete Angelegenheit, deren Überwindung man/frau sich erst „verdienen“ müsse.

Wir brauchen eine Grundsicherung, die nicht von der Bereitschaft abhängt, jede Arbeitsgelegenheit oder „Beschäftigung“ anzunehmen. Damit rede ich nicht einer „sozialen Hängematte“ das Wort, sondern einem humanen Umgang mit Menschen, denen es schlecht geht.

Michael Hohagen

GRÜNE schützen Böden in NRW

■ Flächenverbrauch muss gestoppt werden

Böden haben wichtige Funktionen: Sie bilden die Grundlage für unsere Ernährung, sie sind selbst Lebensraum für vielfältigste Bodenbewohner, sie filtern Schadstoffe und können dadurch bis zu einem gewissen Grad das Grundwasser schützen, und sie speichern Regenwasser und helfen Überschwemmung vorzubeugen.

Böden bilden zusammen mit Luft und Wasser die zentralen Lebensgrundlagen unseres Planeten. Der Flächenverbrauch in Deutschland ist enorm hoch und muss dringend gestoppt werden, um unsere natürlichen Ressourcen für die Zukunft zu erhalten.

Als Regierungspartei in NRW setzen sich GRÜNE für eine Reform der Grundsteuer hin zu einer differenzierten Flächennutzungssteuer ein. Die Kommunen, die besondere Leistungen z.B. im Naturschutz oder durch flächenschonende Planung erbringen, wollen wir im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs fördern. Ziel ist, die Neuversiegelung von Flächen zu reduzieren.

Städte und Gemeinden haben die Aufgabe, das Bodenbewusstsein zu fördern, die natürlichen Bodenfunktionen zu schützen sowie die soziale Gerechtigkeit zu beachten. Die Instrumente für eine nachhaltige Raumplanung liegen in der Hand der Kommunen. So auch in Wuppertal. Der Ausschuss für Umwelt hat sich daher in seiner letzten Sitzung für eine Mitgliedschaft der Stadt Wuppertal im Boden-Bündnis europäischer Städte, Kreise und Gemeinden (ELSA e. V.) ausgesprochen, sofern dies trotz der angespannten Haushaltslage machbar ist.

Wuppertal hat sich den Zielen einer nachhaltigen Stadtentwicklung verschrieben. In diesem Sinne muss neben der Verbesserung der sozialen und ökonomischen Lebensbedingungen im Umweltschutz auch der Bodenschutz und der Flächenerhalt angemessene Berücksichtigung finden. Der Flächenverbrauch für Verkehrsräume und Bebauung, die Versiegelung von Böden, intensive Landwirtschaft sind dafür verantwortlich, dass gesunde Böden und Freiflächen immer stärker reduziert werden. Durch unterschiedlichste Nutzungen werden Böden unwiederbringlich verbraucht und der Lebensraum vielfältiger Lebewesen zerstört.

Neben der geplanten Ausweisung der Kleinen Höhe als Gewerbefläche sind Flächen für die Erweiterung des Golfplatzes Haan-Düsseltal auf Wuppertaler Stadtgebiet, die Golf-Übungsanlage am Aprather Weg und die Erweiterungsfläche für den Golfplatz Bergisch Land in der Diskussion. Jetzt ist Gelegenheit, Prioritäten für den Boden- und Flächenschutz zu setzen. Sind die Flächen umgewandelt, gibt es kein Zurück. Die GRÜNEN sprechen sich gegen eine Ausweisung von zusätzlichen Golfflächen aus. Wer Golf spielen möchte, hat dazu in Wuppertal und Umgebung ausreichend Gelegenheit. Wir wollen die landwirtschaftlichen Flächen und die Freiflächen für die Allgemeinheit beibehalten.

Darüber hinaus fordern wir eine bodenschonende Landwirtschaft mit verstärkten Möglichkeiten zur regionalen Vermarktung der Produkte. Wir möchten die landwirtschaftlichen Flächen, auch als Existenzgrundlage der heimischen Landwirtschaft, erhalten und darauf hinwirken, dass eine umweltschonende Nutzung der Kultur- und Landwirtschaft in den Vordergrund gestellt wird.



Vom Fuhlrott-Museum zum „Futurion“

■ Modernisierung und Neukonzeption darf nicht auf Kosten der Inhalte gehen

Die Neugestaltung des Fuhlrott-Museums lässt auf sich warten. Im vergangenen Jahr war das Büro „Kommunikationsdesign Burlon“ beauftragt worden, eine Neukonzeption des Museums zu erarbeiten. Die Pläne wurden im Dezember 2004 vorgestellt. Danach war klar: Das Konzept baut nicht auf dem Bestehenden auf, sondern lässt etwas komplett Neues entstehen.

In der Sitzung des Kulturausschusses im April wurde deutlich, dass sowohl der Naturwissenschaftliche Verein als auch der Förderverein, die Politik und die Verwaltung dieses Konzept kritisieren. Denn der eigentliche Auftrag, einem „Naturkundemuseum für das Rheinland“ eine neue Struktur zu geben, ist nicht erkennbar. Das Konzept des „Naturion – Fuhlrott Forum“ will wissenschaftliche Inhalte als emotionales Erlebnis kommunizieren und dabei den Menschen in den Mittelpunkt stellen. Artenvielfalt, Umweltschutz und die Entwicklungsgeschichte des Menschen sind weitere Elemente des Konzeptes. Aus GRÜNER Sicht ist es zwar absolut richtig und wichtig, diese Inhalte in moderner Form zu vermitteln, dennoch ist Kritik angebracht. Eine solche Konzeption könnte an jedem beliebigen Ort verwirklicht werden, denn sie hat weder einen regionalen Bezug noch wird sie dem fachlichen

Auftrag an das Museum gerecht, eine umfangreiche und wertvolle Sammlung zu bewahren und der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

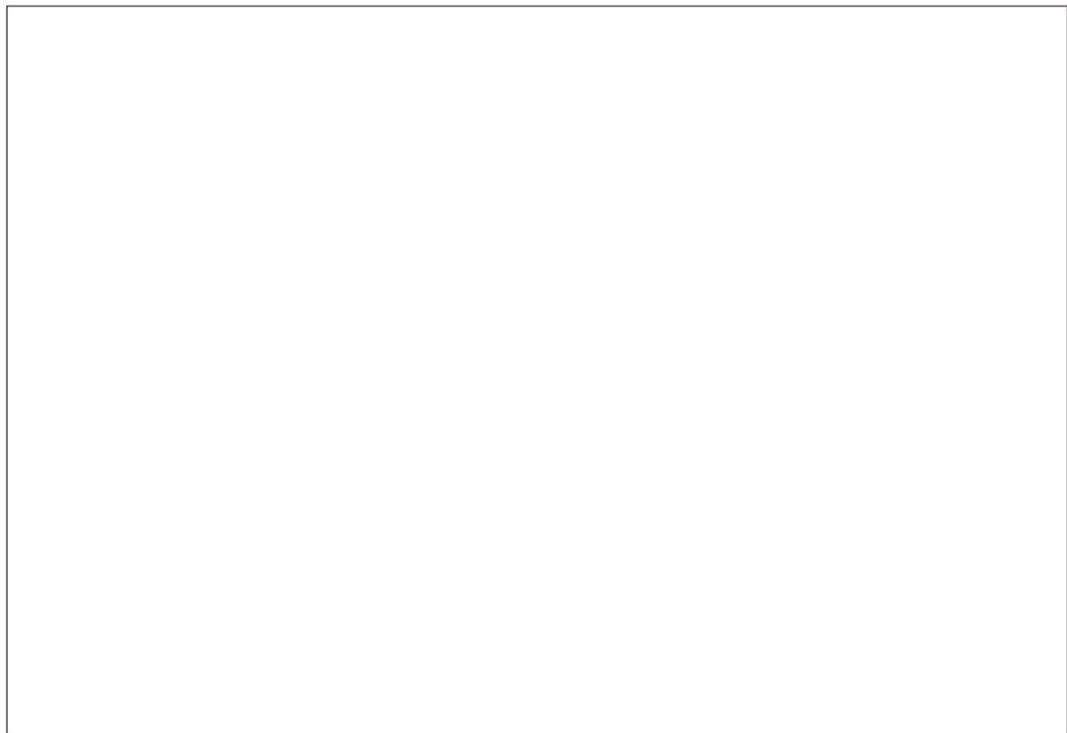
Fazit: Thema verfehlt! Und das würde bedeuten, 60.000 Euro vom Landschaftsverband Rheinland wurden für ein Konzept aus dem Fenster geworfen, das den Anforderungen nicht genügt. Die eigentliche Aufgabe ist – neben der Erfüllung des Bildungsauftrages – mit einer fachkundigen Museumsleitung ein funktionierendes Museum zu schaffen.

Allein durch ehrenamtliches Engagement unter einer betriebswirtschaftlichen Führung ist diese Arbeit nicht zu leisten.

Unstrittig, sinnvoll und wünschenswert ist, das Fuhlrott-Museum für seine künftigen BesucherInnen moderner und attraktiver zu gestalten. Die Umgestaltung darf jedoch nicht auf Kosten der eigentlichen Inhalte der Museumsarbeit gehen.

Dazu ist es dringend notwendig, die Menschen in die Planung mit einzubeziehen, denen das Museum besonders am Herzen liegt. Das sind die haupt- und ehrenamtlichen MitarbeiterInnen, sowie die aktiven Mitglieder des Fördervereins und des Naturwissenschaftlichen Vereins. Nur mit ihren Erfahrungen und Ideen kann ein Plan entstehen, in dem das ursprüngliche Fuhlrott-Museum noch wiederzuerkennen und die wertvolle Sammlung für die Zukunft gesichert ist.

Gute Ansätze dazu liefern die Konzepte, die StudentInnen der Bergischen Universität entwickelt haben. Vor die-



Mehr Fleisch auf die Rippen: Ein neues Museumskonzept muss her!

sem Hintergrund sollten sich alle Beteiligten noch einmal an einen Tisch setzen, um den Erhalt des Fuhlrott-Museums auf keinen Fall an der Umsetzung des „Naturion“-Konzepts scheitern zu lassen. Erschwerend kommt auch hinzu, dass die Finanzierung der Neukonzeption

noch in den Sternen steht und die Firma Bayer das von ihr unterstützte und sehr beliebte Publikumslabor nicht weiter betreiben wird. Der Kulturausschuss hat in seiner letzten Sitzung den amtierende Direktor des Museums aufgefordert, in Zusammenarbeit mit allen Beteiligten das Kon-

zept weiter zu entwickeln. Wir hoffen sehr, dass nun mit vereinten Kräften das Fuhlrott-Museum doch noch gerettet werden kann, aus seinem Stiefmütterchendasein befreit wird und seiner eigentlichen Bestimmung, der eines überregional bedeutsamen Naturkundemuseums in Wuppertal, wieder

Sperrmüll ärgert

■ Vermeiden, verbrennen, verkaufen?

Wer kennt es nicht? Alle drei Monate wandeln sich Bürgersteige in Müllkippen, Kleintransporter mit vorwiegend osteuropäischen Kennzeichen versperren die Straße und die AnwohnerInnen sind verärgert – es ist Sperrmüll!

Seit im Jahr 2000 die Organisation von der Kartenabholung wieder auf eine turnusmäßige Abfuhr umgestellt wurde, heizt dieses Thema die Gemüter der WuppertalerInnen regelmäßig auf.

Das Problem sind zum einen die gewerbsmäßigen Händler, die in den zur Abholung bereitgestellten Gegenständen nach brauchbaren Dingen suchen. Dabei hinterlassen sie oft einen zerfetzten Müllberg, der ein Begehen des Bürgersteiges unmöglich macht – und sie machen sich strafbar. Denn laut Abfallsatzung ist das unbefugte Wegnehmen von Gegenständen, die zur Sperrmüllabfuhr bereitgestellt wurden, eine Ordnungswidrigkeit. Das gilt aber ebenso für Personen, die Gegenstände für ihren privaten Gebrauch entnehmen. In der Vergangenheit hat die Stadt dieses Verhalten größtenteils toleriert, erst seit etwa zwei Jahren verfolgt der Kommunale Ordnungsdienst die Verstöße und ahndet sie mit Geldbußen – bei Wiederholungstätern deutlich im dreistelligen Eurobereich.

Ein anderes Problem stellt die Definition des Begriffs „Sperrmüll“ dar: Auch wenn der Abfallkalender der AWG genau erklärt, was wie zu entsorgen ist, ist ein Großteil dessen, was zur Abholung bereitgestellt wird, de facto kein Sperrmüll, wie z.B. Kartonagen, Altkleider oder Hausmüllreste.

Vielfach ist es sicherlich auf Unkenntnis oder Desinteresse zurückzuführen, dass diese Dinge beim Sperrmüll landen, manch eine/r nutzt aber womöglich auch die kostenlose Sperrmüllabfuhr, um Gebühren für die Restmülltonne zu sparen.

Aber auch gut erhaltene Möbelstücke werden zum Sperrmüll gestellt, obwohl es praktikable Wege gibt, sie einer sinnvollen Verwertung zuzuführen.

Die GRÜNE Fraktion hat daher vor etwa einem Jahr einen Antrag gestellt, der u.a. im Umweltausschuss beraten wurde. Darin haben wir neben einer Intensivierung der Abfallberatung auch die Einrichtung eines attraktiven Gebrauchtmöbel-Kaufhauses gefordert. Außerdem sollte durch eine Änderung der Abfallsatzung das Herausnehmen einzelner Gegenstände für den privaten Gebrauch straffrei gestellt werden. Mit diesem Antrag sollte dem Prinzip „Müllvermeidung und -verwertung“ Vorrang vor Müllbeseitigung Rechnung getragen werden. Die Verwaltung sicherte in ihrer Stellungnahme zu, die geforderten Maßnahmen zu prüfen.

Nun, ein Jahr später, haben wir im Umweltausschuss nachgefragt, was die Prüfung ergeben hat. Dabei waren durchaus positive Ergebnisse zu verzeichnen:

Das Gebrauchtmöbel-Kaufhaus soll demnächst auf den Weg gebracht werden. Derzeit interessieren sich mehrere Betreiber für das Vorhaben, das im Rahmen von 1 Euro-Jobs auch Qualifizierungsmaßnahmen von Langzeitarbeitslosen vorsieht.

Wir sind gespannt auf die Eröffnung! Außerdem wurden von der Verwaltung Empfehlungen für die Intensivierung der Abfallberatung gegeben – z.B. verstärkte Öffentlichkeitsarbeit, die sich vor allem an Kinder und Jugendliche richtet. Auch ein Maßnahmenpaket gegen wilde Müllkippen wurde vorgelegt. Diese Empfehlungen müssen nun möglichst schnell umgesetzt werden, denn wie die aktuelle Abfallbilanz zeigt, steigt das Müllaufkommen trotz sinkender Bevölkerungszahlen an. Auch die Anzahl der wilden Müllkippen hat sich im letzten Jahr wieder erhöht.

Wir wünschen uns daher mehr qualifiziertes Personal, um möglichst viele WuppertalerInnen mit der Abfallberatung erreichen zu können. Also, Geiz kann echt geil sein, wenn bei der Produktion von Müll gespart wird! Und das Prinzip „Es lebe billig!“ ist ganz einfach umzusetzen, wenn man statt Billigmöbeln, die nach zwei Jahren sperrmüllreif sind, gut erhaltene Gebrauchtmöbel zu günstigen Preisen kaufen kann!

Gespräch unter Nachbarn

■ Christiane Bainski trifft MdL-Kandidaten Klaus Lüdemann

Zu einem Gespräch unter Nachbarn trafen sich Christiane Bainski, ehemalige Landtagsabgeordnete und derzeit Leiterin der Hauptstelle der RAA NRW (Regionale Arbeitsstellen zur Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien) und Klaus Lüdemann, Elberfelder Bezirksvertreter und Landtagskandidat in der Marienstraße. Beide wohnen dort, Christiane seit 3 Jahren, Klaus seit 10 Jahren.

In der Nordstadt wohnen ca. 16.000 Menschen. Der MigrantInnenanteil beträgt 31%, bei den unter 18-jährigen 38,9%.

Klaus: In der letzten Sitzung der Bezirksvertretung wurde das Projekt „Multikulturelle Nordstadt“ vorgestellt. Was sind für Dich die wesentlichen Inhalte des Projekts?

Christiane: Es ist ein Stadtteilentwicklungsprojekt mit dem Schwerpunkte Bildung. Kinder werden so früh wie möglich gefördert, vor allem auch in ihrer Sprachkompetenz. Erfahrungen der RAA NRW sind in die Konzeptentwicklung eingeflossen.

Klaus: Was passiert im Rahmen des Projekts in der Nordstadt konkret?

Christiane: Zunächst einmal sprachliche Frühförderung für Kinder unter drei Jahren, außerdem in der Kita und in der Grundschule. Die Eltern, besonders die Mütter, werden über die Stärkung ihrer Erziehungskompetenzen und durch Beratungsangebote in die Förderung ihrer Kinder eingebunden. Darüber hinaus findet gezielte Unterstützung beim Übergang von der Schule in den Beruf statt – in Zusammenarbeit mit der Hauptschule Gertrudenstraße.

Klaus: Warum sind solche Projekte gerade in der Nordstadt wichtig?

Christiane: Nach der PISA-Studie werden Kinder mit Migrationshintergrund in Deutschland weniger als in vergleichbaren Nachbarländern gefördert. In allen Großstädten in NRW werden in den

nächsten Jahren etwa die Hälfte der Kinder und Jugendlichen einen Migrationshintergrund haben. In Wuppertal konzentriert sich dieser Bevölkerungsanteil auf die Nordstadt, auf Wichlinghausen und Oberbarmen.

Klaus: Also den hohen Anteil kann ich für die Klasse meiner Tochter bestätigen. Diren geht in die vierte Klasse der Grundschule Marienstraße. Wie werden die Erfahrungen, die im Rahmen des Projekts gesammelt werden, auf andere Stadtteile übertragen?

Christiane: Das geschieht über die RAA und ihre Kooperationspartner. In anderen Städten laufen ähnliche Projekte. Ich möchte der Freudenberg-Stiftung danken, die durch ihre finanzielle Unterstützung das Projekt ermöglicht hat.

Klaus: Wie werden MigrantInnen am

Projekt beteiligt?

Christiane: Eltern, insbesondere Mütter, erhalten Unterstützung für ihre Erziehungsarbeit. Fachkräfte mit Migrationshintergrund werden als ExpertInnen einbezogen. Es gibt eine enge Zusammenarbeit mit in der Nordstadt ansässigen Elternvereinen, z.B. mit Anadolu e.V.

Klaus: Und wie geht es nach Projektende weiter?

Christiane: In der Nordstadt laufen die bewährten Strukturen wie der Arbeitskreis Nordstadt weiter. In anderen Stadtteilen und anderen Städten gehen die Erfahrungen als best-practice-Beispiele in die Stadtteilarbeit ein. Ziel ist die Verbesserung des Zusammenlebens von Deutschen und MigrantInnen.

Die RAA im Internet: www.raa.de

Fahrrad selber kaufen

ABO
geschenkt



Wenn Sie „DIESE GRÜNEN!“ regelmäßig lesen möchten, Coupon ausfüllen und an die Grüne Ratsfraktion, Rathaus, 42269 Wuppertal schicken.

Name

Anschrift

Ich bin als Abonnentin oder Abonnent der Zeitung „Diese Grünen“ damit einverstanden, daß bei der Änderung meiner Anschrift die neue Anschrift durch die Post AG an den Verleger der Zeitschrift weitergeleitet wird.

Ratschronik 14.3.2005 Ratschronik 2.5.2005

Sondersitzung

Wie bereits in der letzten Ausgabe von DIESE GRÜNEN berichtet, musste die Sondersitzung des Rates einberaumt werden, weil im Februar-Rat bei mehreren Tagesordnungspunkten trotz Sitzungsunterbrechung keine Mehrheit zustande kam.

Optimierung Geschäftsbereiche

In Folge der immer stärker vernetzten Aufgabenstellungen der Bereiche Jugend und Schule – etwa im Bereich der Offenen Ganztagsgrundschule – ist es erforderlich, die Organisationsstruktur der Verwaltung den veränderten Anforderungen anzupassen. GRÜNE und CDU stellten gemeinsam den Antrag, den Aufgabenbereich des Stadtbetriebes 206 (Schulen) um die verwandten Aufgaben um planerische und Entwicklungselemente aus dem Bereich der Jugendhilfe (Ressorts 201, Jugendamt und Soziale Dienste und 208, Jugend und Freizeit) entsprechend zu erweitern. Der Antrag fand die Mehrheit des Rates, die Verwaltung wurde beauftragt, ein diesem Beschluss entsprechendes Organisationskonzept zu entwickeln.

Konkretisierung der globalen Minderausgaben

In der letzten Ratssitzung fanden die Sparmaßnahmen keine Mehrheit, in dieser Ratssitzung schon. Nur so war der

Regierungspräsident bereit, die städtischen Mittel für Investitionen in Höhe von 20 Mio. Euro u.a. für das Opernhaus freizugeben. Auf Einsparungen bei den Sozialen Diensten, den Altagestätten und beim Kulturbüro wurde verzichtet.

Bereits im Vorfeld waren geplante Kürzungen bei der Aids-Hilfe und der Jugendarbeit aus dem Verwaltungsvorschlag genommen, nachdem sich die GRÜNEN dafür stark gemacht hatten.

Finanzierung der Offenen Ganztagsgrundschule

GRÜNE und SPD setzten sich bereits im Vorfeld in einem gemeinsamen Antrag dafür ein, dass auch die Kinder von Einkommensschwachen die Chance einer Teilnahme an der Offenen Ganztagsgrundschule (OGGS) erhalten müssen. Deshalb wurde beantragt, EmpfängerInnen von Arbeitslosengeld II vom Elternbeitrag für die OGGS zu befreien. Diesem Antrag hat die Verwaltung entsprochen und in die Vorlage für den Rat eingearbeitet. Die GRÜNEN werten es als großen Erfolg, dass fast alle Fraktionen nun diesem Vorschlag gefolgt sind und damit die OGGS zu einem breit akzeptierten Projekt in Wuppertal gemacht haben. Zum Schuljahr 2005/06 werden nun 1.650 Kinder einen Platz in der Offenen Ganztagsgrundschule erhalten. Ein toller Erfolg für die rot-GRÜNE Landesregierung.

Anfrage Feinstaub

Im April meldete die Stadtverwaltung die Überschreitung der Feinstaub-Grenzwerte in Wuppertal an insgesamt 32 Tagen.

Wir wollen in der Ratssitzung erfahren, ob die magische Grenze erreicht wurde und an mehr als 35 Tagen die Feinstaubbelastung über dem erlaubten Wert lag. Denn dann muss ein Aktionsplan aufgestellt werden. Wir fragen, welche konkreten Auswirkungen die kontinuierliche Feinstaubbelastung hat und welche Maßnahmen von der Bezirksregierung in Zusammenarbeit mit der Stadt Wuppertal im Rahmen eines Aktionsplans ergriffen werden müssen.

Faires Beschaffungswesen

Die Fraktion beantragt, bei der städtischen Material-Beschaffung Produkten aus fairem Handel den Vorzug zu geben und z.B. für den Schulsport nur noch fair gehandelte Bälle zu beschaffen, wie es die Kampagne fair play : fair life anlässlich der Fußballweltmeisterschaft 2006 empfiehlt.

Nach ökologischen Kriterien ist das Beschaffungswesen bereits ausgerichtet, nun soll die Stadt einen Schritt weiter gehen in der Umsetzung der Ziele der „lokalen Agenda 21“ und damit auch der nachhaltigen Wirtschaftspolitik auf kommunaler Ebene eine Chance geben. (weitere Infos unter www.fairplayfairlife.de)

Resolution gegen Rechtsextremismus

Die Medien haben bereits berichtet, dass Neonazis eine Demo am 14. Mai durch Wuppertal planen.

Alle Wuppertalerinnen und Wuppertaler und die demokratischen Parteien sind aufgerufen, an friedlichen Gegenaktionen teilzunehmen.

Der Oberbürgermeister stimmte eine Resolution mit den im Rat vertretenen Fraktionen ab, um eine breite Mehrheit gegen diesen Aufmarsch herbeiführen zu können, der schon allein durch seine zeitliche Nähe zum Tag der Befreiung vom Nazi-Regime am 8. Mai untragbar ist.

Ehrenordnung aktualisiert

Die rot-GRÜNE Landesregierung beschloss das Korruptionsbekämpfungsgesetz, das im März dieses Jahres in Kraft trat. Damit muss auch die Wuppertaler Ehrenordnung angepasst werden, was einige Verbesserungen zur Folge hat wie z.B., dass Stadtverordnete, Ausschussmitglieder und BezirksvertreterInnen nun Angaben machen müssen über Grundvermögen und Beteiligungen ab 5.000 Euro nicht nur wie bisher mit Sitz und Tätigkeitsschwerpunkt in Wuppertal, sondern generell.

Das Korruptionsbekämpfungsgesetz sieht eine solche räumliche Einschränkung nicht vor. Zugespitzt kann eine fi-

nanzielle Beteiligung auch fünf Kilometer außerhalb der Stadtgrenze noch zur Einflussnahme bzw. zum Konflikt zwischen persönlichen und politischen Interessen führen.

Die GRÜNE Fraktion stimmte der aktualisierten, verbesserten Ehrenordnung gern zu.

Wuppertal-Pass, Befreiung von Kosten für Mittagessen an Ganztagschulen

In der Februar-Sitzung des Rates wurde der Teil des Wuppertal-Passes auf die jetzige Ratssitzung verschoben, der bislang für Kinder einkommensschwacher BürgerInnen die Kostenbefreiung für das Mittagessen an Ganztagschulen vorsah. Die Verwaltung hatte vorgeschlagen, nur noch 50 Prozent der Kosten zu erstatten, da mit der Offenen Ganztagsgrundschule die Zahl der Anspruchsberechtigten stark ansteigt, die Stadt habe die Finanzmittel für eine komplette Befreiung der Kosten nicht. Diese vorgeschlagene Kostenreduzierung lehnt die GRÜNE Fraktion nach wie vor ab und stellte einen entsprechenden Antrag.

Finanzieren will die GRÜNE Fraktion dies mit freierwerdenden Mitteln aus der bundesgesetzlichen Zusammenlegung von Sozialhilfe und Arbeitslosengeld II (Hartz IV). Im Hauptausschuss am 27. April 2005 wurde die Entscheidung noch einmal vertagt.

Gewerbegebiete gezielt entwickeln

■ Vorrang für VohRang

In der letzten Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Stadtmarketing wurde deutlich, was GRÜNE schon lange vermuten: In Vohwinkel wie im gesamten Tal ist kein Fortschritt bei der Entwicklung der Gewerbeflächen zu vermelden. Die Stadt verzettelt sich in vielen einzelnen Projekten, ohne Prioritäten zu formulieren und abzuarbeiten.

Beispiel VohRang: Das Vohwinkler Gewerbegebiet ist die in Wuppertal mit höchster Priorität zu entwickelnde Bahnflächenbrache, die zu einem Mittelstandspark ausgebaut werden soll. Im Rahmen der Umweltverträglichkeitsprüfung wurde allerdings offenbar, dass insgesamt 50 gefährdete Tier- und Pflanzenarten der Roten Liste auf der Fläche zu finden sind, auf der westlichen Teilfläche (6 Hektar) sogar die unter strengen Schutz gestellte Zauneidechse. Danach wäre nur noch die östliche Teilfläche (12 Hektar) gewerblich zu nutzen. Der Ausschuss für Stadtentwicklung hat sich nach kurzer Diskussion auf die bereits aus dem letzten Herbst stammende GRÜNE Initiative verständigt, den westlichen Teil direkt als Biotop zum Ausgleich für die östliche Gewerbefläche zu erhalten.

Anstatt sich in Wuppertal darüber zu freuen und Standortmarketing damit zu betreiben, dass Umwelt und Wirtschaft einträglich neben einander existieren und florieren können, war das gekünstelte Erstaunen über den festgestellten Bestand der Zauneidechse groß.

Beispiel GOH-Kaserne: Mittlerweile

zeichnet sich ab, dass die ursprüngliche Themenplanung in Fortsetzung der Technologieachse Süd u.a. mit dem Schwerpunkt Automotive nicht wirtschaftlich ist. Warum aber keine wirtschaftliche Koppelung von Wohnen und Arbeiten, wie sie von GRÜNEN schon vor mehr als sieben Jahren vorgeschlagen wurde, umgesetzt wird, muss zu diesem Zeitpunkt offen bleiben.

Beispiel Kleinhöhe: Dass sich die Wuppertaler Themenpark-Träume wirtschaftlich nur schwer darstellen lassen, wird besonders auf der Stadtgrenze zu Neviges deutlich. Der übergroße Teil der Flächen auf der Kleinhöhe ist im Besitz Wuppertals. Unsummen hat der Ankauf bereits verschlungen und die weitere Entwicklung ist von der Stadtverwaltung selbst mit Gesamtkosten in Höhe von ca. 20 Mio. Euro beziffert worden. Bei dem bundesweiten Überangebot von Gewerbeflächen ist es höchst zweifelhaft, dass die Kleinhöhe überhaupt vermarktet werden kann.

Fazit: Weder zu einer Priorisierung der einzelnen Projekte neben allen anderen städtebaulichen Großprojekten noch zu einer geregelten Umkehr mit Augenmaß für das wirtschaftlich Notwendige und ökonomisch wie ökologisch Vertretbare sind Verwaltung und Politik derzeit bereit. Noch nicht einmal Ratsaufträge aus dem vergangenen Jahr sind ansatzweise abgearbeitet, etwa die einstimmig angenommene GRÜNE Initiative, mit Hilfe eines Brachflächenkatasters eine beschleunigte Vermarktung von Gewerbeflächen zu erreichen.

Was Stadt- und Gewerbeentwicklung angeht, so muss man den Eindruck gewinnen, dass Wuppertal nicht will, aber könnte, wenn es nur wollte. Bei dem wiederholten Regionale-Desaster rund um den Döppersberg ist es ganz ähnlich.

Die Finanzsituation der Stadt diskutieren (v.l.n.r.): Peter Vorsteher, Edith Müller, Ewald Groth, Dr. Johannes Slawig

Abgeordnete im Gespräch

■ GRÜNE Kämmerertour in Wuppertal

Ende April trafen sich die GRÜNE Ratsfraktion und Edith Müller (Mdl, haushaltspolitische Sprecherin der GRÜNEN im Landtag) sowie Ewald Groth (Mdl, kommunalpolitischer Sprecher der GRÜNEN im Landtag) mit dem Wuppertaler Kämmerer, Dr. Slawig, um vor Ort in Erfahrung zu bringen, welche Probleme die Stadt besonders drücken.

Großes Interesse rief der Hinweis von Edith Müller auf den Versorgungsbericht NRW über die Pensionskosten sowohl bei der GRÜNEN Fraktion als auch beim Kämmerer hervor: Seit Jahren steigen die Pensionskosten der LandesbeamtInnen, bedingt vor allem durch die wachsende Lebenserwartung und längere Ruhegehaltszeiten. Das Land begegnet diesen Kosten durch Rücklagenbildung: monatlich werden 500 Euro für jede der neu eingestellten BeamtInnen in einen ausschließlich dafür eingerich-

teten Fonds einbezahlt.

Die GRÜNE Fraktion hatte bereits 2002 den Antrag gestellt, sich ein in Remscheid umgesetztes Modell der Pensionsfonds in Wuppertal vorstellen zu lassen, ist damals jedoch an der CDU-FDP Mehrheit gescheitert.

Dr. Slawig stellte die problematische finanzielle Situation der Stadt Wuppertal dar: das Haushaltsvolumen beträgt 1,2 Milliarden Euro, die Kassenkredite sind in die Schwindel erregende Höhe von aktuell 600 Mio. Euro angestiegen. Nach wie vor hat Wuppertal mit den meisten anderen Kommunen ein strukturelles Defizit: die Einnahmen sind niedriger als die Ausgaben und der Handlungsspielraum damit sehr gering.

Positiv, aber als keinesfalls ausreichend wurde der Anstieg der Gewerbesteuer von 16,6% in den ersten drei Quartalen 2004 in NRW eingeschätzt sowie der Anstieg der kommunalen Steuereinnahmen insgesamt netto um 6,2% auf 13,7 Mrd. Euro in 2004.

Das wird von der GRÜNEN Fraktion zwar als leichte Entspannung gewertet, aber bei teilweise zwangsläufig steigenden kommunalen Ausgaben wird kein

Grund zu Entwarnung gesehen. Für die GRÜNEN bleibt es ein besonderes Anliegen, sich intensiv um die kommunalen Finanzen zu kümmern.

Das gilt insbesondere vor dem Hintergrund der Umsetzung von Hartz IV in den Kreisen und Kommunen, deren finanzielle Auswirkungen nun nach und nach sichtbar werden.

Während des Gesprächs wurde schnell klar, dass alle Beteiligten mit der viel zu kurz gegriffenen Gemeindefinanzreform unzufrieden sind. Die GRÜNEN setzen sich für eine Gemeindefinanzreform ein, die den Städten wieder Handlungsspielraum gibt. Am Beispiel Wuppertals kann sehr gut belegt werden, dass durch die Unterdeckung des Haushaltes und Kassenkrediten in Schwindel erregender Höhe politisch kaum noch zu arbeiten ist.

Weitere Themen waren die generelle Finanzsituation der Kommunen in NRW, die finanziellen Auswirkungen der Umsetzung der Hartz IV-Reformen und die GRÜNEN Vorstellungen zur Weiterentwicklung des kommunalen Finanzausgleichs in der kommenden Legislaturperiode NRW.

Kommen Sie in die Höhle des GRÜNEN Löwen:

Rathaus Barmen, Wegnerstraße, Raum 147
Tel. (0202) 563-6204
fraktion@gruene-wuppertal.de
www.gruene-wuppertal.de

